



Aussicht auf mehr Geld

Bundesländer wollen Bremen helfen

VON MARKUS DECKER UND FRAUKE FISCHER

Berlin-Bremen. Die Bundesländer haben sich nach langem Streit auf eine Neuordnung der Finanzbeziehungen ab 2020 verständigt. Demnach soll Bremen jährliche Hilfen in Höhe von insgesamt etwa 500 Millionen Euro erhalten. Das hat Bremens Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) am Donnerstag nach intensiven Beratungen in Berlin mitgeteilt.

Den Länderfinanzausgleich will die Politik als solchen in vier Jahren abschaffen. Stattdessen bekommen die Länder einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer. Der Bund soll 9,6 Milliarden Euro geben, die sich dann je nach Wirtschaftskraft und Bedürftigkeit auf die 16 Länder verteilen. Bayern erhalte demnach 1,3 Milliarden Euro jährlich, das deutlich kleinere, aber viel schwächere Sachsen-Anhalt etwa 430 Millionen Euro. An Bremen und das Saarland flössen jeweils garantierte 400 Millionen Euro. Die Geberländer werden nach Angaben des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier (CDU) grob um etwa 2,5 Milliarden Euro entlastet. Die ostdeutschen Länder einschließlich Berlin würden etwa drei Milliarden Euro erhalten. Die Regelung soll zunächst bis 2030 befristet werden, um sie dann zu überprüfen.

Sieling, in dessen Berliner Landesvertretung die Beratungen stattfanden, sagte anschließend: „Das ist ein guter Tag für den

Föderalismus in Deutschland.“ Nach seiner Einschätzung ist Bremens Selbstständigkeit über das Jahr 2020 hinaus gesichert. Vorausgesetzt, der Bund stimmt dem Vorschlag zu. Für Bremen würde die Einigung pro Jahr 400 Millionen Euro vom Bund zusätzlich rund 75 Millionen Euro aus verschiedenen Mechanismen des Länderfinanzausgleichs bedeuten, rechnet Sieling vor. Zudem würden die fünf zur Konsolidierung verpflichteten Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein bereits ab 2016 die Möglichkeit bekommen, bei Verlängerungen von Krediten Gemeinschaftsanleihen mit dem Bund vorzunehmen. Das führe zu Zinsersparnissen, die sich nach Sielings Einschätzung bis 2020 auf einen Einspareffekt von 30 bis 40 Millionen Euro für Bremen belaufen könnten. In der Summe bedeute das für das kleinste Bundesland mehr als die von ihm angestrebten 500 Millionen Euro Hilfen. Bremens Bürgermeister als Verhandlungssieger? Bei der Antwort gab sich Sieling diplomatisch: „Alle Länder sind Sieger, weil wir uns verständigt haben.“

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU) sagte dem WESER-KURIER: „Ich bin sehr zufrieden. Wir haben nach langer Diskussion endlich eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs.“ Er stellte außerdem in Aussicht, dass sein Land die anhängige Verfassungsklage gegen den Länderfi-

nanzausgleich zurückziehen werde. Auf eine entsprechende Frage antwortete er: „Das werden wir im Kabinett am nächsten Dienstag besprechen. Mal schauen.“ Bayern und Hessen hatten gemeinsam geklagt. Tatsächlich würde die Klage durch die Neuordnung gegenstandslos.

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) reagierte zurückhaltend auf die Einigung: „Das hat der Bund zur Kenntnis genommen.“ Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hatte den Ländern zuletzt lediglich 8,5 Milliarden Euro pro Jahr angeboten und klargestellt, dass dies die Obergrenze sei.

Die Finanzbeziehungen von Bund und Ländern müssen neu geordnet werden, da 2019 neben dem Solidarpakt II auch der umstrittene Länderfinanzausgleich ausläuft. Die Verhandlungen ziehen sich seit mehr als einem Jahr hin. Eigentlich wollten sich Bund und Länder schon Ende 2014 ver-

ständigen. Doch die Differenzen waren zu groß. In der Nacht zu Donnerstag hatten Regierungschefs von Union und SPD zunächst in kleinem Kreis Einigungschancen ausgelotet. Anschließend kamen alle 16 Regierungschefs zu Beratungen zusammen. Nachdem sich die Unionsseite geeinigt hatte, mussten auch alle von SPD und Grünen regierten Länder mit ins Boot geholt werden. Zuletzt blockierten angeblich bloß noch die SPD-geführten Länder Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

In Bremen reagierte der finanzpolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion umgehend auf das Verhandlungsergebnis. „Jetzt müssen Sieling und Linnert liefern“, forderte Jens Eckhoff vom Bürgermeister und der grünen Finanzsenatorin. Nach einem ersten Überschlag der angenommenen Hilfen vom Bund habe „Sieling sein eigenes Ziel, 500 Millionen Euro zu bekommen, knapp verfehlt“. Eckhoff bezog sich damit auf die 400 Millionen Euro in den Berechnungen zusätzlich der 75 Millionen Euro aus anderen Mechanismen. Die erwarteten Zinsersparnisse von 30 bis 40 Millionen Euro hingegen ließen sich noch gar nicht voraussagen. In jedem Fall sei der Senat jetzt gefordert, auf die gezeigte hohe Solidarität der Länder mit einem Finanz-

fahplan für den Schuldenabbau zu reagieren. „Die desaströse rot-grüne Finanzpolitik der vergangenen Jahre, bei der man außer dem reflexartigen Fingerzeig auf den Bund keinerlei eigene Sparanstrengungen erkennen konnte, kann sich die Landesregierung nicht mehr erlauben“, sagte Eckhoff. „Ich erwarte vom Senat, dass er kurzfristig offenlegt, wie er endlich eigene wirkungsvolle Maßnahmen zur Konsolidierung unseres Bundeslands auf den Weg bringen will, anstatt sich – wie bisher – auf Finanzspritzen von außen, steigende Steuereinnahmen und niedrige Zinsen zu verlassen.“ Auch der stellvertretende Vorsitzende und haushaltspolitische Sprecher der FDP-Bürgerschaftsfraktion, Hauke Hiltz, blieb skeptisch: Die Ergebnisse seien ein Schritt in die richtige Richtung. „Dennoch gibt es weiterhin keine Altschuldenregelung. Diese ist zwingend notwendig, damit Bremen langfristig eigenständig bleiben kann.“, betonte Hiltz. Bericht Seite 4



Bürgermeister Carsten Sieling, Kanzlerin Angela Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble (von links) in Berlin. FOTO: DPA

ANZEIGE

Lestra
Einkaufen mit Genuss

Baileys Original
0,7 l (1l = 12,39 €)

Taylor's Select Ruby Port
0,75 l (1l = 11,56 €)

je € **8.67**

Horner Heerstr. 29 · Telefon 20 46 55 · www.lestra.de

Warten auf die Bescherung

Moritz Döbler über die Länderfinanzen

Die Interessen der Bundesländer lassen sich eben doch auf einen Nenner bringen: Das ist das ermutigende Signal, dass von der Ministerpräsidentenkonferenz unter Bremer Vorsitz ausgeht. Ob groß oder klein, reich oder arm, Ost oder West, links oder rechts – was föderal zusammengehört, findet auch zusammen.

Einen Haken hat die Sache aber dennoch: Die Einigkeit begründet sich darin, wie viel man gemeinsam vom Bund fordert, und der zieht noch nicht mit. Auf Carsten Sieling und seine Amtskollegen kommen harte Verhandlungen mit Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble zu, der zuletzt gut eine Milliarde Euro weniger geboten hatte, als sie nun von ihm fordern. Er schwert wird die Lage durch drei Landtagswahlen Anfang März. In Zeiten des Wahlkampfes meiden Politiker Beschlüsse. Das Zeitfenster ist also klein, allenfalls ein Monat bleibt Bund und Ländern, und das mitten im Weihnachtsstress.

Es ist also wahrscheinlich, dass die Bescherung noch auf sich warten lässt. Das wiederum wäre für Bremen schlecht. Denn das kleinste Bundesland kann zwar mit dem eigentlichen Länderfinanzausgleich klarkommen und vermutlich auch das akzeptieren, was irgendwann mit dem Bund für alle Länder verhandelt wird. Aber die entscheidende Frage in Bremen ist, wie viel Geld der Bund zusätzlich gibt. Derzeit erhält das Land pro Jahr eine sogenannte Konsolidierungshilfe von 300 Millionen Euro. Begründet wird dies mit der besonders katastrophalen Finanzlage an der Weser.

Vom Jahr 2020 an rechnet Bremen nun mit 400 Millionen Euro pro Jahr vom Bund, weiteren Zuschüssen und erheblichen Zinsentlastungen. Wie viel es wirklich sein wird, steht erst am Ende der Verhandlungen fest; wer klein und arm ist, hat sich hinten anzustellen. So bleibt offen, wie Bremen in die Zukunft geht. moritz.doebler@weser-kurier.de

Marco Bode vertraut Skripnik



Plädoyer für Viktor Skripnik: Werders Aufsichtsrats-Chef Marco Bode. FOTO: NPH

Bremen. Wird Trainer Viktor Skripnik Werders auch in die Rückrunde der Bundesliga führen? „Davon gehe ich fest aus“, sagte Werders Aufsichtsrats-Chef Marco Bode im Interview mit dem WESER-KURIER. Werders sei ein besonderer Klub, der für Ruhe, Kontinuität und Identifikation stehe. Dafür sei „Viktor der Richtige. Er liebt Werder, er hat sein halbes Leben als Trainer und Spieler hier verbracht. Er steht für die Integration junger Spieler und für unser Konzept.“ Die Talentförderung, die bislang noch nicht die gewünschten Erfolge gebracht hat, könnte aber demnächst modifiziert werden. „Ein Ansatz könnte sein, dass die Spieler nicht mehr von Woche zu Woche zwischen den Teams wechseln, sondern dass sie vielleicht für acht, zehn oder zwölf Wochen fest zu einem Kader gehören. Dann könnte man sicher auch fünf, sechs Talente im Bundesliga-Team trainieren lassen“, schlug Bode vor. Interview Seite 23

POLITIK Erneute Einzelfallprüfung bei Syrern 5

Die Lage in der Flüchtlingskrise entspannt sich leicht. Die Innenminister wollen auch syrische Flüchtlinge wieder genauer kontrollieren. Das Thema Familiennachzug überlassen sie dem Bund.

BREMEN Leben ohne Barrieren 10

Mehr Rampen, lautere Ampelsignale und vor allem mehr Toleranz: Am Welttag der Menschen mit Behinderungen hat in Bremen das Behindertenparlament politische Forderungen an den Senat beschlossen.

WIRTSCHAFT Serie zur Projektlogistik 20

In der Fachliteratur fristet die Projektlogistik ein Nischendasein – dabei gilt sie als Königsdisziplin. Bei einem Bremer Fachforum soll nun über die komplexen Lieferketten diskutiert werden.

KULTUR Kunst mit Ei 22

Ein von der Künstlerin Karin Sander auf Hochglanz poliertes, echtes Straußenei, gehört zu den eigenwilligen, skurrilen, aber auch amüsanten Objekten der aktuellen Ausstellung in der Weserburg. Das Museum für moderne Kunst zeigt Exponate aus der Sammlung des in Berlin lebenden Software-Entwicklers Ivo Wessel.



RUBRIKEN

| | | | |
|------------------------|-------|------------------------------|----|
| Familienanzeigen | 6, 21 | Rätsel & Roman | 26 |
| Fernsehen | 28 | Tipps & Termine | 27 |
| Lesermeinung | 7 | Veranstaltungsanzeigen | 6 |

Hochstraße soll in fünf Jahren weg

Bremen. Fünf Jahre, und die Hochstraße ist weg – so fordert es die Grünen-Regierungsfraktion in der Bremischen Bürgerschaft. Sie setzt sich damit von ihrem Koalitionspartner ab. Die SPD hält an der Hochstraße fest, auch über die Zeit hinaus, wenn der Ringschluss der A 281 gelungen ist und die Innenstadt von Autoverkehr entlastet wird. Die CDU hatte jüngst überraschend für einen Abriss plädiert, allerdings unter zwei Bedingungen: Die Autobahn muss fertig sein, und vor dem Bahnhof muss der Autoverkehr durch zwei Tunnel geleitet werden.

„Die Hochstraße in der Bremer City ist für die Entwicklung der Bahnhofsvorstadt ein großes Hindernis“, erklärte Ralph Saxe, verkehrspolitischer Sprecher der Grünen und Landesvorsitzender seiner Partei. Saxe betonte, dass die Verbindung verzichtbar sei, weil auf Bremer Straßen immer weniger Autos unterwegs seien.

Die SPD ist dagegen strikt gegen einen Abriss. „Die Hochstraße ist schlicht notwendig, um die Verkehrsmassen in der City zu bewältigen“, sagte Jürgen Pohlmann, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Pohlmann beruft sich auf den Verkehrsentwicklungsplan der Stadt, in dem Experten in einem Sondergutachten zu dem Schluss gekommen sind, dass ein Verzicht auf die Verbindung zu unverträglich hohen Verkehrsbelastungen anderer Stadtteile führen werde. Kommentar Seite 2-Bericht Seite 9

KOPF DES TAGES

David Safier



Durch launige Literatur wurde er bekannt. Doch der Preis, den der Bremer Romancier David Safier an diesem Freitag erhält, gilt einem ernstem Buch: Der Jugendbuchpreis Buxtehuder Bulle ist ihm für den Roman „28 Tage lang“ zuerkannt worden. Darin erzählt er von einem Mädchen, das im Warschauer Ghetto sein Leben riskiert, indem es Lebensmittel schmuggelt. WER

WETTER

Tagsüber Nachts Niederschlag



Nach Regen freundlich
Ausführliches Wetter Seite 8

H 7166 • 28189 BREMEN

